

Kurzprotokoll der Junisession 2005

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 20. und dem 21. Juni, sowie am Montag und am Dienstag, dem 27. und dem 28. Juni 2005, fand unter dem Vorsitz von Bernadette Schaller-Kurmann, Alberswil, eine Session des Grossen Rates statt. Am Dienstagnachmittag, dem 21. Juni 2005, fanden die Fraktionsausflüge statt.

Der Grosse Rat genehmigte zusammen mit der Staatsrechnung 2004 den Jahresbericht über die Staatsverwaltung, beschloss ein neues Einführungsgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung und eine Änderung des Gesundheitsgesetzes über das Anstellungsverhältnis der Kaderärztinnen und -ärzte der kantonalen Spitäler und stimmte zwei Dekreten über Sonderkredite für den Ausbau des Bahnhofs Sursee sowie für die Zumietung von Räumen für die HSW zu. Weiter verabschiedete der Rat in 1. Beratung ein neues Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung, ein neues Gesundheitsgesetz sowie einen Erlass zur Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Meggen. Mit Grossratsbeschluss stimmte er ferner der Vereinigung der Bürgergemeinde Ufhusen mit ihrer Einwohnergemeinde zu.

Der Rat verabschiedete schliesslich den per 30. Juni zurückgetretenen Regierungsrat Kurt Meyer, Hitzkirch, und vereidigte Daniel Bühlmann, Emmen, als neuen Regierungsrat sowie ein neu in den Grossen Rat eintretendes Mitglied. Er wählte weiter ein neues Ersatzmitglied des Kriminalgerichts, eine neue Spezialkommission sowie verschiedene Mitglieder in ständige und Spezialkommissionen an die Stelle von austretenden Mitgliedern. Der Rat wies zudem 7 Geschäfte den zuständigen Kommissionen zu und behandelte 23 parlamentarische Vorstösse. Eröffnet wurde der Eingang von 2 Petitionen und von 41 parlamentarischen Vorstössen. Die für 5 Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für 2 beschlossen und durchgeführt und für 2 abgelehnt; ein Urheber eines Vorstosses verzichtete nachträglich auf die dringliche Behandlung seiner Anfrage.

Von den 44 traktandierten Geschäfte konnten 10 parlamentarische Vorstösse nicht behandelt werden.

Rechtsetzung

Kaderärztinnen und -ärzte der kantonalen Spitäler. Der Entwurf einer Änderung des Gesundheitsgesetzes betreffend Aufhebung des gespaltenen Rechtsverhältnisses bei der privatärztlichen Tätigkeit der Kaderärztinnen und -ärzte der kantonalen Spitäler gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. März 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 15 vom 16. April 2005, S. 893) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und mit 71 gegen 19 Stimmen gutgeheissen. Nach bisherigem Recht gingen Privatpatientinnen und

-patienten bei einer ambulanten oder stationären Spitalbehandlung zwei verschiedene Rechtsverhältnisse ein (= gespaltenes Rechtsverhältnis). Das gespaltene Rechtsverhältnis und das damit verbundene Abgabesystem waren komplex und brachten verschiedene Unsicherheiten und Probleme mit sich. Neu werden Kaderärztinnen und -ärzte für ihre gesamte Tätigkeit in einem öffentlichen Spital im Angestelltenverhältnis beschäftigt (= einheitliches Rechtsverhältnis). Die Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 25. Juni 2006, S. 1587) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 24. August 2005.

Wirtschaftliche Landesversorgung. Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. November 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 52/53 vom 31. Dezember 2004) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Wirtschaft und Abgaben unter dem Vorsitz von Bruno Schmid, Flühli) und mit 103 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Die Organisation und der Vollzug der wirtschaftlichen Landesversorgung waren im Kanton bisher in einer Verordnung geregelt. Im neuen Einführungsgesetz sind die Organe der wirtschaftlichen Landesversorgung bezeichnet und deren Hauptaufgaben sowie die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die Erfüllung der übertragenen Aufgaben auf Stufe Kanton geregelt. Das Gesetz (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 25. Juni 2005, S. 1584) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 24. August 2005.

Auflösung Bürgergemeinde Ufhusen. Der Entwurf eines Grossratsbeschlusses über die Genehmigung der Vereinigung der Bürgergemeinde Ufhusen mit ihrer Einwohnergemeinde gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. März 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 15 vom 16. April 2005, S. 894) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen.

Aufhebung Personalkorporationsgemeinde Meggen. Der Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Personalkorporationsgemeinde Meggen gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 21 vom 28. Mai 2005, S. 1324) wurde in 1. Beratung behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Walter Häcki, Luzern) und gutgeheissen. Die Personalkorporationsgemeinde Meggen ersuchte Regierungsrat und Grossen Rat um Aufhebung der Korporationsgemeinde. Sowohl die Bildung neuer als auch die Auflösung oder die Vereinigung bestehender Korporationsgemeinden stehen der Gesetzgebung, also dem Grossen Rat, zu. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorbereitende Kommission gewiesen.

Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung. Der Entwurf eines Gesetzes über die Berufsbildung und die Weiterbildung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. Oktober 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 20. November 2004, S. 2938) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommissi-

on gutgeheissen. Der Gesetzesentwurf basiert auf dem neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetz. Die wesentlichen inhaltlichen Elemente des Entwurfs bilden das Bekenntnis zum dualen Ausbildungssystem, die Integration der Gesundheits-, der Sozial- und der Landwirtschaftsberufe, ein Konzept für die Brückenangebote zwischen obligatorischer Schule und Berufsbildung, die Regelung der Fachmittelschulen, die gezielte Förderung der Weiterbildung und ein an das neue Bundesgesetz angepasstes Finanzierungssystem. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Gesundheitsgesetz. Der Entwurf eines neuen Gesundheitsgesetzes gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 19. Oktober 2004 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 47 vom 20. November 2004, S. 2938) wurde in 1. Beratung behandelt (Kommission Gesundheit, Arbeit und soziale Sicherheit unter dem Vorsitz von Ruth Fuchs, Schwarzenberg) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission und von weiteren Anträgen gutgeheissen. Das geltende Gesundheitsgesetz aus dem Jahr 1981 ist veraltet. Das neue Gesetz zeichnet sich durch die folgenden Punkte aus: Anpassung an das Krankenversicherungsrecht, das Heilmittelrecht und das Medizinalberuferecht des Bundes; Einführung eines neuen Bewilligungssystems bei den anderen Berufen des Gesundheitswesens (Aufhebung der Bewilligung für das Praktizieren der meisten alternativen Heilmethoden); Möglichkeit der fachlich selbständigen und gewerbsmässigen Tätigkeit als Dentalhygienikerin oder Dentalhygieniker; Aufnahme einer Bestimmung über die Patientenrechte; Integration der Schulzahnpflege und des schulärztlichen Dienstes; Regelung der Einzelheiten zu den öffentlichen Spitälern in einem separaten Gesetz. Das Beratungsergebnis wurde zur redaktionellen und gesetzestechnischen Überprüfung an die Redaktionskommission (Vorsitz: Thomas Willi, Emmen) und zur Vorbereitung der 2. Beratung an die vorberatende Kommission gewiesen.

Finanzvorlagen

Staatsrechnung 2004. Die Staatsrechnung 2004 des Kantons Luzern gemäss Bericht des Regierungsrates vom 12. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 18 vom 7. Mai 2005, S. 1134) wurde behandelt (Planungs- und Finanzkommission unter dem Vorsitz von Guido Müller, Honau) und zusammen mit dem Jahresbericht über die Staatsverwaltung genehmigt. Der Jahresbericht umfasst den Bericht des Regierungsrates zum Legislaturprogramm, die Jahresberichte der Departemente und der Dienststellen sowie die Stellungnahmen und Anträge zu den hängigen Motionen und Postulaten. Die Staatsrechnung 2004 des Kantons Luzern schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von rund 1 Million Franken ab.

Ausbau des Bahnhofs Sursee. Der Entwurf eines Dekrets über einen Investitionskostenbeitrag an den Ausbau des Bahnhofs Sursee gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 22. Februar 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 13 vom 2. April 2005, S. 770) wurde behandelt (Kommission Verkehr und Bau unter dem Vorsitz von Josef Fischer, Triengen)

und mit 97 gegen 0 Stimmen gutgeheissen. Mit dem Dekret bewilligte der Grosse Rat einen Investitionskostenbeitrag von 9,622 Millionen Franken an die SBB für deren Ausbauprojekt im Bahnhof Sursee mit dem Ziel einer Angebotsverbesserung der S-Bahn Luzern auf der Linie Luzern–Sursee. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 25. Juni 2005, S. 1589) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 24. August 2005.

Räume für die Hochschule für Wirtschaft. Der Entwurf eines Dekrets über einen Sonderkredit für die Miete von Unterrichts- und Büroräumen für die Hochschule für Wirtschaft Luzern der FHZ in der Überbauung „Tribtschenstadt“, Luzern, gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 26. April 2005 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 21 vom 28. Mai 2005, S. 1326) wurde behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Ruth Keller, Kriens) und mit 69 gegen 24 Stimmen gutgeheissen. Mit den zugemieteten neuen Räumen in der Überbauung „Tribtschenstadt“ der CSS Versicherung AG in Luzern können die Schul- und Administrationsräume für den gesamten Studiengang Tourismus und Mobilität an einem neuen Standort konzentriert werden. Die Konzentration ermöglicht die Auflösung von zwei bestehenden Mietverhältnissen. Mit dem Dekret bewilligte der Grosse Rat einen Kredit von total 7 494 350 Franken. Das Dekret (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 25 vom 25. Juni 2005, S. 1590) unterliegt dem fakultativen Referendum; Ablauf der Referendumsfrist: 24. August 2005.

Rücktritte

Grosser Rat. Bekannt gegeben wurde der Rücktritt von

- Ruth Dahinden, Sursee, per Ende Junisession,
- Vreni Grüter, Luzern, per Ende Juli,
- Hans Lustenberger, Adligenswil, per Ende Septembersession,
- Gaby Müller, Luzern, per Ende Junisession,
- Robert Thalmann, Kriens, per Ende Junisession.

Eintritt

Grosser Rat. An die Stelle von Prisca Birrer, Rothenburg, trat Trudi Lötscher-Knüsel, Hitzkirch, in den Rat ein.

Wahlen

Grosser Rat. Der Rat wählte

- in die *Spezialkommission Umsetzung NFA*
 Franz Wüest, Ettiswil, Vorsitz, CVP
 Odilo Abgottspon, Luzern, SP
 Franz Bucher, Hochdorf, CVP

- Urs Dickerhof, Emmenbrücke, SVP
 Markus Gehrig, Luzern, CVP
 Walter Häcki, Luzern, SVP
 Anton Kunz, Grosswangen, SVP
 Christoph Lengwiler, Kriens, CVP
 Hans Luternauer, Reiden, FDP
 Erna Müller-Kleeb, Rickenbach, CVP
 Giorgio Pardini, Luzern, SP
 Peter Portmann, Obernau, SVP
 Louis Schelbert, Luzern, GB
 Peter Schilliger, Udligenswil, FDP
 Bruno Stalder, Schüpfheim, CVP
 Walter Stucki, Emmen, FDP
 Walter Studer, Luzern, FDP
- in die *Kommission Wirtschaft und Abgaben* an die Stelle von Prisca Birrer, Rothenburg, Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern,
 - in die *Aufsichts- und Kontrollkommission* an die Stelle von Ruth Dahinden, Sursee, Trudi Lötscher-Knüsel, Hitzkirch,
 - in die *Kommission Erziehung, Bildung und Kultur* an die Stelle von Pia Hirschi, Adligenswil, Patrick Meier, Root,
 - in die *Kommission Raumplanung, Umwelt und Energie* an die Stelle von Bruno Müller, Udligenswil, Heidy Frey-Neuenschwander, Sempach,
 - in die *Spezialkommission Planungsbericht Universität Luzern* an die Stelle von Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern, und Pia Hirschi, Adligenswil, Heinz Dätwyler, Kriens, und Patrick Meier, Root,
 - in die *interkantonalen Geschäftsprüfungskommissionen der Konkordate Interkantonale Polizeischule Hitzkirch und Zentralschweizer BVG- und Stiftungsaufsicht* bis zum Ende der laufenden Amtsdauer Heidi Duss-Studer, Escholzmatt, und Beat Stöckli, Menznau,
 - in die *interkantonalen Geschäftsprüfungskommissionen der Konkordate der Fachhochschule Zentralschweiz und der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz* Pia Maria Brugger Kalfidis, Luzern, und Gerhard Klein, Wauwil (Bestätigungswahl).

Kriminalgericht. Der Rat wählte als *Ersatzmitglied am Kriminalgericht* Daniele Moro-Häcki, Rothenburg, an die Stelle von Daniel Bühlmann, Emmen.

Motionen

Erheblich erklärt wurde die Motion M 441 von Patrick Graf, Kriens, über einen weniger fusionshemmenden kantonalen Finanzausgleich.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 379 von Anton Kunz, Grosswangen, über eine steuerliche Entlastung von AHV-Rentnerinnen und -Rentnern,

- M 440 von Louis Schelbert, Luzern, über die Änderung des LUKB-Umwandlungsgesetzes.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 265 von Hanspeter Bucher, Römörswil, über den Verkauf von Nummernschildern,
- von Albert Vitali namens der FDP-Fraktion über eine Steuerstrategie für den Kanton Luzern (als Motion M 408 eingereicht),
- P 298 von Konrad Graber, Kriens, über die Reduktion der Vermögens- und Kapitalsteuer,
- P 299 von Ida Glanzmann, Altishofen, über die steuerliche Entlastung des Mittelstandes,
- P 420 von Peter Schilliger, Udligenswil, über Markteinflüsse auf die Steuerstrategie des Kantons Luzern,
- P 382 von Konrad Graber, Kriens, über einen KMU-freundlichen neuen Lohnausweis (5-Minuten-Lohnausweis),
- P 413 von Christian Forster, Büron, über wirtschaftliche Potenziale in Entwicklungsschwerpunkten,
- P 456 von Pius Höltschi, Aesch, über massiv steigende Abwassergebühren durch Rückstellungen für Abwasseranlagen (dringliche Behandlung),
- P 460 von Erich Leuenberger, Nebikon, über die Finanzierung der Abwasserbeseitigung (dringliche Behandlung).

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- von Fredy Zwimpfer, Oberkirch, über eine Standesinitiative betreffend Streichung des Verbandsbeschwerderechtes (als Motion M 322 eingereicht),
- P 275 von Ruedi Stöckli, Meierskappel, über das Absolvieren der Fahrprüfung nur noch in unseren Landessprachen.

Abgelehnt wurde das Postulat P 447 von Erna Müller, Rickenbach, über die Weiterentwicklung der Idee „Ein Prozent Nationalbankgold für den Lebensraum Luzern“.

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 388 von Adrian Borgula, Luzern, über das Stellenverständnis bei der Besetzung einer Stelle in der Dienststelle Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation,
- A 125 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Untersuchungshaft,
- A 226 von Gerhard Klein, Wauwil, über die Ausschaffungshaft,
- A 336 von Pia Hirschi, Adligenswil, über die Täterbetreuung nach Wegweisung und Entlassung aus der Untersuchungshaft,

- A 427 von Damian Meier, Wolhusen, über den Verbleib der abgetauchten Asylsuchenden und die Auswirkungen der neusten Entscheide von Bundesparlament und Bundesgericht im Asylwesen,
- A 416 von Albert Vitali, Oberkirch, über das Telefonieren mit und von Häftlingen im Gefängnis,
- A 429 von Vreni Grüter, Luzern, über die Standortpromotion Zentralschweiz,
- A 385 von Erich Leuenberger, Nebikon, über die Erhebung von Gemeindebeiträgen für Schülerinnen und Schüler, die das 10. Schuljahr oder die dreijährige Diplommittelschule besuchen.